

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 17.12.2009**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06110 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH
Herr Tobias Kogge	BG
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw
Herr Hans-Günther Schneller	Verw
Frau Sylke Bühler	Verw
Frau Annerose Winter	Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Herr Norbert Böhnke	Verw
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Herr Sven Weise	LIGA

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2009
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08014
 - 5.1.1. Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08044
 - 5.1.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08049
 - 5.1.3. Änderungsantrag des Jugendhilfe- und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Strategie gegen Kinderarmut (IV/2009/08014) und zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion (IV/2009/08049) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: V/2009/08459
 - 5.1.3.1. Änderungsantrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum Änderungsantrag V/2009/08459
Vorlage: V/2009/08551
 - 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Verfügungstellung von Hortplätzen
Vorlage: V/2009/08315
 - 5.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion zur Verfügungstellung von Hortplätzen (Vorlage Nr. V/2009/08315)
Vorlage: V/2009/08392
6. schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
 - 6.1. Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Petra Tomczyk-Radji (CDU-Fraktion) zum Thema "Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms"
Vorlage: V/2009/08416
7. Mitteilungen
 - 7.1. Information zum Stand SGB II
 - 7.2. Information zur Änderung der Anspruchsberechtigung zur Gewährung des Halle-Passes A
Vorlage: V/2009/08367
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Durch die Ausschussvorsitzende wird festgestellt, dass die offiziell bestätigte Protokollführerin sowie deren Vertreterin aufgrund Erkrankung nicht anwesend sind. Sie teilt mit, dass aus diesem Grund Frau Susann Rudloff für diesen Ausschuss das Protokoll führen wird. Es gab keinen Widerspruch.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wolff bittet darum, dass der Punkt 5.2.1 der Tagesordnung als Erstes behandelt wird. Frau Tomczyk-Radji bittet um Verschiebung des Punktes 6.1 der Tagesordnung in die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2009

Die Niederschrift vom 12.11.2009 wird bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion zur Verfügungstellung von Hortplätzen (Vorlage Nr. V/2009/08315) Vorlage: V/2009/08392

Frau Wolff erläutert, dass es sich bei der Verfügungstellung von Hortplätzen um eine Pflichtleistung der Verwaltung handelt und die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM bereit ist, den Änderungsantrag zurückzunehmen, wenn die CDU- Fraktion den modifizierten Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses vom 03.12.2009 „ Die Stadtverwaltung wird aufgefordert sicherzustellen,“, übernimmt.

Die CDU übernimmt diesen modifizierten Beschlussvorschlag.

Herr Kogge erläutert nochmals die Problematik.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird der erste Teil des Satzes verändert: Die Worte „wird gebeten sicherzustellen“ werden gestrichen und mit den Worten „wird aufgefordert, ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen“ ersetzt sowie am Ende des Satzes erfolgt die Anpassung von „werden kann“ zu „wird“. Für die Erfüllung wird das Datum „bis zum 31.03.2010“ ergänzt.

Der Beschlussvorschlag erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen, dass jedem halleschen Kind, insbesondere auch den Schülern an Förderschulen, ein Hortplatz bis zum 31.03.2010 zur Verfügung gestellt wird.

**zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Verfügungstellung von Hortplätzen
Vorlage: V/2009/08315**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

modifizierter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird **aufgefordert** sicherzustellen, dass jedem halleschen Kind, insbesondere auch den Schülern an Förderschulen, ein Hortplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

**zu 5.1.3.1. Änderungsantrag des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU) zum
Änderungsantrag V/2009/08459
Vorlage: V/2009/08551**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird unter Punkt 1 der Begriff „zweijährigen Rhythmus“ geändert in „dreijährigen Rhythmus“.

**zu 5.1.3. Änderungsantrag des Jugendhilfe- und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Strategie gegen Kinderarmut (IV/2009/08014) und zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion (IV/2009/08049) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: V/2009/08459**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

modifizierter Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im **dreijährigen** Rhythmus einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen, um Konzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung vorzustellen und deren Umsetzung zu evaluieren. Die Indikatorenwahl soll sich hierbei an den Vorgaben des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung orientieren mit dem Ziel, ggf. eigene Kriterien für die Stadt Halle (Saale) zu entwickeln.
2. Die Vertreter der Stadtverwaltung im Arbeitskreis Armut (Sozialplanung, Sozialamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie) werden beauftragt, gemeinsam mit den Freien Trägern ein sozialpolitisches Forum aus Anlass des Tages der Armut 2010 vorzubereiten und durchzuführen mit dem Ziel, die kommunalpolitisch steuerbaren Handlungsschwerpunkte und ggf. bisherige Arbeitsstrukturen zu überprüfen und neu zu ordnen.
3. Im Ergebnis des sozialpolitischen Forums sollen derzeitige kommunale Leistungen, Maßnahmen und Angebote überprüft und der tatsächlichen Bedarfssituation angepasst werden. Im Ergebnis der Evaluation werden in einer Informationsvorlage die Ergebnisse zusammengefasst und dienen als Planungsgrundlage zukünftiger Haushaltsberatungen.

**zu 5.1.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08049**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Text des Antrages wird ersetzt durch:

1. *Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im zweijährigen Rhythmus einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen, um Konzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung vorzustellen und deren Umsetzung zu evaluieren. Die Indikatorenwahl soll sich hierbei an den Vorgaben des Armut- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung orientieren, um eine Vergleichbarkeit zu sichern.*
2. *Die Stadtverwaltung wird sich weiterhin am von Verbänden und freien Trägern organisierten Tag der Armut beteiligen. In diesem Zusammenhang besteht die Möglichkeit, den Armutsbericht mit interessierten Personen außerhalb der Stadtverwaltung zu diskutieren, um Anregungen für die Entwicklung und Nachjustierung der Handlungsempfehlungen zu erhalten.*

3. *Die aktuellen Handlungsempfehlungen des Kinderarmutberichts in den verschiedenen Sozialpolitikfeldern sollen mittelfristig ihre Umsetzung erfahren. Diese Maßnahmen und deren Umsetzung werden evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluation, die in einer Informationsvorlage zusammengefasst werden, dienen der Neujustierung und ggf. als Grundlage für neue Vorschläge.*

**zu 5.1.1 Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)
Vorlage: IV/2009/08044**

Frau Hanna Haupt erläutert, dass viele EinwohnerInnen der Stadt nichts vom Halle-Pass wissen, und dass daher die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden sollte.

Es gibt hierzu keine weiteren Ergänzungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Punkt ergänzt:

4. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit für die Inanspruchnahme des „Halle-Passes“ zu intensivieren.

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut
Vorlage: IV/2009/08014**

Die Ausschussvorsitzende ergreift das Wort und erläutert kurz den Bericht zur Kinderarmut und den bisherigen Weg der Anträge. Sie bittet darum, in der heutigen Sitzung nun endlich über den Antrag aus TOP 5.1.3. abzustimmen.

Desweiteren verliest sie eine Mail von Herrn Weise bezüglich des Arbeitskreises Armut.

Herr Hildebrandt meldet sich zu Wort und gibt an, dass die CDU-Fraktion die Notwendigkeit für einen Kinderarmutsbericht sieht. Er findet es wichtig, es bezüglich dieses Themas nicht zu parteipolitischen Auseinandersetzungen kommen zu lassen, da es sich hierbei um ein sehr sensibles Thema handelt. Herr Bartsch fragt an, ob es denn nicht möglich wäre, den für Oktober 2010 geplanten Tag der Armut um einige Monate vorzuziehen.

Frau Haupt antwortet, dass das Datum mit den Trägern des Arbeitskreises Armut so abgestimmt wurde.

Herr Kogge bittet um Beachtung, dass diese Veranstaltung keine Veranstaltung der Stadt Halle ist, sie hieran jedoch gerne mitarbeitet. Er möchte, dass die Träger den Tag der Armut selbst organisieren und somit auch selbst verantwortlich sind für das Einladen von Gästen etc..

Er bittet darum, die Fristen für das jeweilige Erscheinen des Berichtes zur Kinderarmut nicht zu eng zu setzen. Ein längerer Zeitraum bedeute nicht weniger Arbeit, sondern womöglich eine andere Datenlage.

Frau Dr. Haerting fragt, ob ihm eine 2 – oder 3-jährige Berichtspflicht lieber wäre.

Herr Kogge weist nochmals darauf hin, dass ein zu kurzer Zeitraum nicht sinnvoll ist und er daher einen Zeitraum von 3 oder 4 Jahren für angemessener hält.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, sich als Kompromiss bezüglich des Berichtes zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) auf einen 3-jährigen Rhythmus zu einigen.

Frau Dr. Haerting gibt zu bedenken, dass es demnach aber auch sehr lange dauern würde, bis Konsequenzen aus dem Bericht gezogen werden können bzw. bis diese Konsequenzen umgesetzt werden. Sie fragt, ob es noch andere Instrumentarien gibt, um die Entwicklung der Armut zu beobachten.

Herr Kogge berichtet über Verbesserungen in den Bereichen ARGE und Migration. Hier wurde viel aufgebaut und es sei angedacht, hier regelmäßig Zwischeninformationen zu geben.

Der Bericht aller 3 Jahre würde lediglich einen Gesamtüberblick darstellen.

Die Ausschussvorsitzende versteht Frau Dr. Haertings Bedenken. Dies sei auch der Grund gewesen, den Antrag zu stellen, da eine Empfehlung keinen Beschlusscharakter besitzt. Im Gegensatz hierzu zwingt der Bericht zu Konsequenzen und zum Handeln.

Herr Hildebrandt ist der Meinung, dass sich die Kennziffern, welche für den Bericht benötigt werden, nicht innerhalb von 2 Jahren ändern und daher auch ein 3-jähriger Rhythmus überschaubar sei.

Frau Krausbeck sieht dies nicht so. Da ab dem 2. Bericht Veränderungen dargestellt werden sollen, hält sei einen Zeitraum von 3 Jahren für zu lang.

Frau Hanna Haupt ergreift das Wort und wirbt für den 3-jährigen Zeitraum. Sie fügt hinzu, dass man den vorhandenen Kinderarmutsbericht nicht aus den Augen verlieren sollte, sondern dieser lediglich eine Grundlage für die Arbeit darstellt. Man könne jederzeit Anträge diesbezüglich stellen und dann damit arbeiten.

Herr Kogge ergänzt, dass man lieber Veränderungen in der Gesellschaft herbeiführen sollte, anstatt auf einen Bericht im 2-Jahres-Rhythmus zu beharren.

Frau Dr. Haerting distanziert sich nochmals von der Aussage von Herrn Hildebrandt, dass nur wegen Verzichtes auf parteipolitische Auseinandersetzungen etwas beschlossen werden soll.

Herr Hildebrandt entgegnet, dass er lediglich die Gefahr von parteipolitischen Auseinandersetzungen sehe und dies möglichst vermieden werden sollte.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

modifizierter Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, im **dreijährigen** Rhythmus einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle (Saale) vorzulegen, um Konzepte und Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung vorzustellen und deren Umsetzung zu evaluieren. Die Indikatorenwahl soll sich hierbei an den Vorgaben des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung orientieren mit dem Ziel, ggf. eigene Kriterien für die Stadt Halle (Saale) zu entwickeln.
2. Die Vertreter der Stadtverwaltung im Arbeitskreis Armut (Sozialplanung, Sozialamt, Amt für Kinder, Jugend und Familie) werden beauftragt, gemeinsam mit den Freien Trägern ein sozialpolitisches Forum aus Anlass des Tages der Armut 2010 vorzubereiten und durchzuführen mit dem Ziel, die kommunalpolitisch steuerbaren Handlungsschwerpunkte und ggf. bisherige Arbeitsstrukturen zu überprüfen und neu zu ordnen.
3. Im Ergebnis des sozialpolitischen Forums sollen derzeitige kommunale Leistungen, Maßnahmen und Angebote überprüft und der tatsächlichen Bedarfssituation angepasst werden. Im Ergebnis der Evaluation werden in einer Informationsvorlage die Ergebnisse zusammengefasst und dienen als Planungsgrundlage zukünftiger Haushaltsberatungen.
4. **Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, die Öffentlichkeitsarbeit für die Inanspruchnahme des „Halle-Passes“ zu intensivieren.**

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

zu 6.1 Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Frau Petra Tomczyk-Radji (CDU-Fraktion) zum Thema "Inanspruchnahme der EU-Schulmilchbeihilfe und des EU-Schulobstprogramms" Vorlage: V/2009/08416

Die Anfrage wurde auf Bitte von Frau Tomczyk-Radji in die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses verschoben.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Tempel und Frau Dr. Radig von der ARGE SGB II Halle GmbH.

Frau Tempel ergreift das Wort und informiert über die neuen Entwicklungen im SGB II und nennt Zahlen aus der neuen Statistik, welche dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Sie informiert darüber, dass momentan das Arbeitsmarktprogramm für 2010 beraten wird. Bezüglich der Zielerreichung sind mit Stand Oktober 2009 sehr positive Ergebnisse zu verzeichnen. Im Jahr 2010 wird das Zielsystem erweitert, da unter anderem auf die Kundenzufriedenheit zukünftig noch mehr Wert gelegt wird.

Frau Dr. Radig ergänzt, dass es für den Migrantenbereich künftig neue Auswertungsmöglichkeiten geben wird.

Für die Kosten der Unterkunft wurden im Jahr 2009 74.000.000 € ausgegeben. Dies ist etwas weniger als im Vorjahr.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen.

Herr Czock erläutert eine Problematik, die ihm von Seiten eines Bürgers zugetragen wurde. Dieser gab an, dass bei Maßnahmen, welche durch die ARGE finanziert werden, (hier im Beispiel Arbeiten in einer Grünanlage), diese bei Regen ohne entsprechende Wetterkleidung durchgeführt wurden.

Desweiteren sei er darüber informiert worden, dass bei einer weiteren Maßnahme früh eine Anwesenheitskontrolle durchgeführt wurde, danach Arbeit für etwa eine Stunde vorhanden gewesen sei und es für die verbleibenden 5 Stunden nichts mehr zu tun gab. Herr Czock möchte wissen, wie dies geschehen kann?

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, diese Anfragen in den Punkt 8 der Tagesordnung zu verschieben.

Herr Bonan fragt nach dem Stand der Vermittlung von Schwerbehinderten. Frau Tempel erläutert, dass es hier keine großen Schwankungen gäbe. Es gibt jedoch Pläne des Sozialministeriums des Landes Sachsen-Anhalt, eine Vereinbarung abzuschließen, Schwerbehinderte über einen längeren Zeitraum zu fördern.

Frau Dr. Haerting fragt nach, ob bei der ARGE SGB II Halle GmbH auch die Art der Behinderung erfasst wird oder lediglich der Grad der Behinderung.

Frau Tempel erklärt hierzu, dass nur der Grad der Behinderung im System erfasst wird, jeder persönliche Ansprechpartner jedoch die Art der Behinderung seiner Kunden kenne. Dies sei für eine Vermittlung auch notwendig.

zu 7.2 Information zur Änderung der Anspruchsberechtigung zur Gewährung des Halle-Passes A Vorlage: V/2009/08367

Frau Krausbeck fragt nach, wie dies bekannt gemacht werden soll.
Herr Kogge informiert, dass dies innerhalb des Sozialamtes erfolgen wird.
Herr Schneller ergänzt, dass keine große Bekanntmachung notwendig ist, da alles wie bisher behandelt wird und die Änderungen automatisch ins System übernommen werden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tempel nimmt Stellung zur Anfrage von Herrn Czock, welche bereits unter Tagesordnungspunkt 7.1 gestellt wurde.

Sie bittet darum, dass der betroffene Bürger zu seinem Träger der Maßnahme bzw. zu seinem persönlichen Ansprechpartner geht und diese Problematik dort anspricht. Im Normalfall werde nämlich Arbeitskleidung zur Verfügung gestellt.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, diese Problematik auf dem direkten Weg, d.h. zwischen dem Betroffenen und der ARGE direkt zu klären.

Herr Dr. Yousif berichtet von einem Kind aus Halle, welches an H1N1 verstorben sei und möchte wissen, wie der derzeitige Stand diesbezüglich ist.

Frau Dr. Schwarzer ergreift das Wort und erläutert, dass der Anstieg der Neuerkrankungen leicht rückläufig sei. Genügend Impfstoff sei vorhanden, beide Sorten, d.h. mit und ohne Wirkverstärker. Die Entscheidung, ob sich jemand impfen lässt oder nicht, liegt jedoch bei jedem einzelnen.

Frau Tomczyk-Radji bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfrage durch die ARGE SGB II Halle GmbH und empfiehlt zum Punkt „Rat und Hinweis“, die ego-Pilotin mit aufzunehmen. Sie fragt außerdem nach, ob zum nächsten Herbst zum Thema Existenzgründer eine neue Zusammenstellung erfolgen kann.

Die Ausschussvorsitzende verabschiedet Frau Tempel und Frau Dr. Radig.

Frau Tomczyk-Radji fragt Frau Schneutzer, wo die Infomappe für junge Migrantinnen und deren Kinder erhältlich ist.

Frau Schneutzer freut sich, dass ihre Maßnahme einen solchen Erfolg verzeichnet. Sie ergänzt, dass es die Begrüßungsmappe für Neugeborene inzwischen in 6 weiteren Sprachen gibt. Diese Mappen sind erhältlich in Beratungsstellen, in Frauenarzt- und Kinderarztpraxen, bei Hebammen, sowie in Geburts- und Kinderkliniken.

Ebenso seien die Unterlagen des Halle-Passes in 6 Sprachen erhältlich.

Frau Dr. Haerting fragt, ob diese auch im Netz zur Verfügung stehen würden. Frau Schneutzer antwortet, dass dies in den nächsten Tagen geschehen werde.

Herr Czock erinnert daran, dass seine zweite Anfrage bezüglich einer Maßnahme der ARGE SGB II Halle GmbH noch nicht beantwortet wurde. Die Ausschussvorsitzende verspricht, dass diese Anfrage an die entsprechende Stelle weitergereicht wird.

Die Ausschussvorsitzende informiert über den Erhalt eines Briefes der Tierschutzorganisation PETA und fragt nach, ob es einen Grund gibt, warum diese Briefe hierher versandt werden. Frau Dr. Schwarzer erläutert, dass alles gut läuft und es eigentlich für diesen Brief keine Veranlassung gibt.

zu 9 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji bittet darum, das Projekt der IGS „Schüler erforschen Lebenswelten“ im Ausschuss vorstellen zu lassen.

Desweiteren bittet sie um Überlegung, ob die Möglichkeit bestehen würde, im Jahr 2010 eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses durchzuführen.

Frau Hanna Haupt gibt zu bedenken, dass eine gemeinsame Veranstaltung beider Ausschüsse zu groß wird.

Dr. Yousif erinnert daran, dass der SGGA früher diverse Einrichtungen besucht hat, so zum Beispiel Migrantenheime, Gefängnis, Schwulen- und Lesbenvereinen etc. um sich dort ein genaueres Bild von den Begebenheiten vor Ort bzw. etwaigen Projekten machen zu können.

Die Ausschussvorsitzende erklärt, dass eine generelle Bereitschaft rauszugehen bisher nicht vorhanden war.

Herr Kogge regt an, sich mit der Problematik Pflege, Alter und Demenz zu befassen. Er bittet darum zu überlegen, wie sich in Zukunft dieser Problematik gestellt werden soll.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Verein Dornrosa e.V. zur Projektvorstellung des Frauenzentrums Weibervirtschaft zum Ausschuss im Februar einzuladen.

Außerdem schlägt sie vor, den Carisattladen auf der Silberhöhe zu besuchen und als Sitzungsort die JFE „Bäumchen“.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.01.10

Protokollantin
S. Rudloff